

Eröffnung der 64. Jahrestagung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft am 8. März 2004 an der TU Berlin durch ihren Präsidenten Prof. Dr. Gerhard Jentzsch



Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Gäste, liebe Mitglieder der DGG,

zur Eröffnungsveranstaltung der diesjährigen Jahrestagung unserer Gesellschaft darf ich Sie ganz herzlich begrüßen! Mein besonderer Gruß gilt dem Präsidenten der Technischen Universität Berlin, Herrn Prof. Kutzler, und dem Vizepräsidenten der Freien Universität Berlin, Herrn Prof. Keupp. Leider ist der Senator Dr. Flierl verhindert, aber sein Grußwort, verlesen durch den Tagungsleiter, hat uns dennoch erreicht. Und ich möchte mich gleich an dieser Stelle bei dem lokalen Organisationskomitee für die Vorbereitungen bedanken, die gemeinsam von den Kollegen der Technischen Universität und der Freien Universität Berlin getragen wurden. Ich danke auch der Stadt Berlin und ihrer Technischen Universität dafür dass Sie uns in Ihren Räumen aufgenommen haben.

In den Grußworten ist bereits viel über die Aufgaben und Möglichkeiten der Geophysik angeklungen, so dass ich im Folgenden etwas allgemeinere Schwerpunkte setzen kann.

Persönlich verbindet mich mit Berlin sehr viel: Fast auf den Tag genau vor 30 Jahren, im März 1974, hat in diesen Räumen die letzte Jahrestagung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft in Berlin stattgefunden. Dies ist mir in besonderer Erinnerung, da ich damals meinen ersten Vortrag während dieser Tagung halten durfte. Und von 1977 bis 1987 war ich an der Freien Universität Berlin tätig. Damals gab es zwei Institute für Geophysik in Berlin: Die Angewandte Geophysik war an der TU vertreten und die Allgemeine Geophysik an der FU. Bezogen auf die Erde hatten wir damals die Arbeitsteilung etwas vereinfachend so beschrieben: Alles, was flacher ist als 5 km wird an der TU bearbeitet, der Rest an der FU.

Dies reichte damals, um zwei Institute in einer Stadt zu rechtfertigen – und damit bin ich auch schon im Thema. Denn seit damals hat sich viel verändert: sowohl zum Guten als auch – leider – zum Schlechten. Ich möchte hier einige Aspekte ansprechen, die nicht nur mir besondere Sorge bereiten:

Da ist zunächst die inzwischen unter dem Begriff *Evaluierung* ständig geforderte Rechtfertigung unserer Fachrichtungen, insbesondere, wenn die Studentenzahlen klein sind – ich denke da neben der Geophysik vor allem auch an die Mineralogie.

Um nicht falsch verstanden zu werden sage ich ausdrücklich, dass ich die ständigen Evaluationen unserer Arbeit im Rahmen der Bewilligung von Forschungsgeldern, der Stellenbesetzungen und der Publikationen sowie der Lehre durch die Studierenden durchaus schätze, da sie dazu dienen, unsere Leistungen zu verbessern. Aber die allgemeinen Evaluierungen von Fachbereichen werden zu häufig nur dazu benutzt, Argumente für bereits beschlossene Kürzungen zu sammeln: Überall werden passende und unpassende Gelegenheiten benutzt, um Stellen nicht wieder zu besetzen oder gar gan-

ze Fachbereiche zu streichen. Dies geschieht meist überraschend und ohne Konsultation der Betroffenen, sowohl im engeren als auch im weiteren Umkreis, wie jüngst an der TU Clausthal geschehen. Selbst positive Evaluationen schützen davor nicht, wenn es darum geht, vordergründig Geld einzusparen; hier sei als Beispiel unser Institut in Leipzig genannt, dessen Leistungen im Verbund mit den Geo-Bereichen der Universitäten Halle und Jena erst kürzlich sehr positiv evaluiert worden waren.

Man hat den Eindruck, dass positive Ergebnisse allenfalls dazu dienen können, den Kelch der Streichungen noch mal an uns vorbei gehen zu lassen; so ist auch zu verstehen, dass in keinem Fall die Empfehlungen der Gutachter zur Verbesserung der Lehre bezüglich der Ergänzung der Ausstattung umgesetzt worden sind – unsere umfangreichen Arbeiten am Selbst-Evaluationsbericht dienten lediglich dazu, unseren Stand selbst zu erarbeiten und unsere eigenen Probleme zu erkennen - Evaluation als Selbsterfahrungsprozess? So jedenfalls formulierte es unser Rektor bei einem diesbezüglichen Gespräch.

Wie ich neulich aus unserem Ministerium erfuhr, setzt sich mehr und mehr die Überlegung durch, nur noch für den Bedarf des eigenen Landes auszubilden. Wird bald überall gefragt: Wie viele Geophysiker braucht Thüringen in den nächsten 10 Jahren? Wie viele Sachsen, Berlin oder Nordrhein-Westfalen? Und wie viele braucht das Land Niedersachsen, das über die umfangreichste Rohstoff-Industrie in Deutschland verfügt? Man muss diesen Gedanken ganz ausführlich nachvollziehen, um zu verstehen, warum und wie unsere kleinen Fächer bedroht sind – ich nannte neben der Geophysik bereits die Mineralogie: Dort ist der Fall noch eklatanter, obwohl die Absolventen, insbesondere auch die Doktoranden, die sogar meist aus anderen Fächern kommen, in der Industrie dringend gebraucht werden.

Der Gedanke, dass wir nicht nur für den eigenen Bedarf ausbilden sollten, sondern auch unser Wissen exportieren, nicht nur in andere Bundesländer sondern auch und gerade in andere Staaten, scheint mir verloren zu gehen; die wenigen Studenten aus der Dritten Welt verdecken nur diesen Tatbestand.

Dagegen findet der Wissensexport auf eine ganz andere Art statt. Durch das neue Hochschulrahmengesetz wird die Situation für den Mittelbau und damit für die uns alle entscheidend verschlechtert: Die 12-Jahresregel wird nicht nur als ein Berufsverbot empfunden – sie wird auch so gehandhabt. Früher konnte man die 5-Jahresregel noch durch Wechsel der Universität umgehen, aber jetzt werden die Beschäftigungszeiten im gesamten Öffentlichen Dienst zusammen gezählt, und jeder kann sich überlegen, ob er oder sie bereit ist, das Risiko auf sich zu nehmen, nach 12 Jahren gegen eine Wand zu laufen. Also suchen sich viele gute Nachwuchswissenschaftler rechtzeitig eine Perspektive entweder außerhalb der Forschung - oder sie gehen ins Ausland, um dann vielleicht später über ein teures Reintegrationsprogramm zurück geholt zu werden.

Nun gibt es ja noch das Teilzeit- und Befristungsgesetz, das parallel zum HRG die befristete Beschäftigung in Forschungsprojekten regelt. Laut Kommentar des Forschungsministeriums müsste es möglich sein, auf in sich abgeschlossenen Zwei- und Dreijahresverträgen sein Arbeitsleben zu verbringen, was durchaus keine bequeme Alternative darstellt – aber die Wirklichkeit sieht wieder einmal anders aus: Die meisten Kanzler unserer Universitäten sehen nur das juristische Risiko des Einklagens der Betroffenen mit der Berufung auf Kettenverträge, und die 12-Jahresregel kommt wieder zur Anwendung.

Auf diese Weise gibt es viele bewilligte Forschungsvorhaben, die nur schwer anlaufen, weil entweder die geeigneten Kandidaten nicht zur Verfügung stehen oder von den Universitäten nicht eingestellt werden. Hier erhebt sich die Frage: Wann dürfen diejenigen, die die Drittmittel eingeworben haben und die letztendlich auch für die Erstellung der Berichte verantwortlich sind, endlich selbst über die Durchführung der Vorhaben und damit über die Einstellung der Mitarbeiter entscheiden?

Dies ist übrigens an den Universitäten der USA Praxis, und eine derartige Regelung wäre in der Tat ein Schritt in die Richtung *Elite-Universität*, während die in Aussicht gestellten einigen 100 Millionen Euro noch nicht einmal den berühmten Tropfen auf dem heißen Stein bedeuten, wenn man die Budgets der sog. Elite-Universitäten Harvard oder Yale in den USA als Vergleich heran zieht. Das

Einziges, was die Diskussion zu diesem Thema spannend macht, ist die Tatsache, dass langsam auch von 'offizieller' Seite zugegeben wird, dass unsere Universitäten bzw. unser Bildungssystem insgesamt fast hoffnungslos unterfinanziert ist: Es sind Summen von bis zu 30 Milliarden Euro pro Jahr im Gespräch, die in den nächsten 6 bis 8 Jahren gebraucht würden, um uns in den Bereich der internationalen Spitze zu bringen. Kosmetische Operationen wie die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen, sinnvoll für die europäische Integration der Studiengänge, sind aber nicht viel mehr als eine Umetikettierung, solange keine ausreichende Finanzierung erfolgt.

Andererseits können wir aber auch stolz darauf sein, dass in Deutschland alle Universitäten immer noch ein vergleichbares Niveau haben und nicht, wie bekanntermaßen in den USA, es neben wenigen erstklassigen viele zweit- und sehr viele drittklassige Universitäten gibt. Das Potenzial für herausragende Leistungen unserer Institute ist vorhanden – man müsste uns nur machen lassen: Dies bedeutet, weniger Regulierung von außen und mehr Eigenverantwortung der Institute, weniger Verwaltung, dafür mehr Zeit für Forschung. Beispielweise ist es äußerst kontraproduktiv, wenn neue Richtwerte mir vorschreiben, dass an einer Einweisung am Gravimeter keinesfalls weniger als 15 Studenten teilnehmen dürfen. Im Fall einer entsprechenden Übung in der Mikroskopie wurden daher ganz schnell die beiden fehlenden Mikroskope angeschafft – würde ich die fehlenden fünf oder gar zehn Gravimeter verlangen, dann kann ich mir schon die Reaktion unseres Kanzlers ausmalen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie um Nachsicht, wenn ich mich vielleicht etwas vom Tonfall in unserem so genannten *Super-Wahljahr* habe anstecken lassen – ich bitte auch um Nachsicht dafür, dass ich bislang nur aus der Sicht des Universitätsprofessors gesprochen habe. Die Korrektur dieses Versäumnisses habe ich mir für den Schluss aufgehoben, denn es war natürlich nicht meine Absicht, diejenigen, die Geophysiker einstellen, zu vergessen. Hier möchte ich allerdings nicht auf alle Aspekte eingehen, also im Einzelnen Themen aus Industrie, Ingenieurbüros und Behörden diskutieren, sondern einen generellen Aspekt hervorheben:

Ich werde oft gefragt, was man sich unter Geophysik eigentlich vorzustellen habe, bzw., was Geophysiker denn arbeiten. In meiner Antwort gehe ich dann nur beiläufig auf die ohnehin bekannten Beispiele Erdbeben und Vulkanismus ein, auch erzähle ich selten etwas über den Erdkern oder die Kern-Mantel-Grenze, auch nicht über Altlasten-Sanierung, sondern ich antworte, dass wir alle, jeder Mensch, täglich und ständig mit den Ergebnissen der Geophysik zu tun haben: Ohne Geophysiker, die die Rohstoffe suchen und finden, gäbe es beispielsweise kein Auto und keine Energie zum Heizen unserer Wohnungen. Die üblichen erstaunten Reaktionen bestätigen, dass diese Antwort eine völlig neue Sicht auf die Geophysik eröffnet, und damit auf die allgemeine Bedeutung unseres Faches.

Wir müssen allerdings dafür sorgen, dass dieser Zusammenhang in der wissenschaftspolitischen Diskussion und bei dem derzeitigen Streichkonzert nicht zu weit nach hinten abgedrängt wird. Denn unser Fach zusammen mit der Geologie und Mineralogie hat neben der Erforschung des Erdkörpers und der globalen Prozesse gerade hinsichtlich der Sicherung von Ressourcen, dem Umweltschutz und damit der Daseinsfürsorge sehr viel zu bieten und ist damit von hoher gesellschaftlicher Bedeutung, auch wenn dies leider noch viel zu Wenigen bewusst ist. Daher verbinde ich doch positive Erwartungen mit der zukünftigen Entwicklung der Geophysik und auch der Geowissenschaften insgesamt; ich hoffe nur, dass es uns gelingt, in der jetzigen Phase der Reduktionen und Umorientierungen entscheidende Schäden durch Fehlentwicklungen zu vermeiden. Dann werden wir es schaffen, unser Fach nicht nur zu erhalten sondern auch seiner Bedeutung nach weiter zu entwickeln, weil der Bedarf hierzu besteht.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen eine spannende Tagungswoche und eröffne unsere 64. Jahrestagung; vielen Dank!